

„... sind unsere Gäste und Helfer in der Arbeit gewesen ...“

Die Beschäftigung von Zwangsarbeitskräften und Kriegsgefangenen in den Kreuznacher Diakonie-Anstalten während des Zweiten Weltkrieges

von *Ulrike Winkler*

Einleitung

Zwangarbeit und Kirchen? – Das scheint zunächst nicht zusammen zu passen.

Die Kirchen, die während des Nationalsozialismus selbst verfolgt worden waren, sollten gleichzeitig vom System der Zwangarbeit profitiert haben? Das schien kaum vorstellbar. Und tatsächlich gingen die beiden großen Kirchen bis zum Einsetzen der Sammelklagen[Anm. 1] ehemaliger Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen gegen deutsche Firmen fest davon aus, nicht am System der Zwangarbeit teilgenommen zu haben.

Wenn kirchlicherseits überhaupt Zwangsarbeiter, Zwangsarbeiterinnen und Kriegsgefangene in den Blick genommen wurden, dann wurde stets betont, dass man in fürsorgerischer Hinsicht für diese Menschen zuständig gewesen sei, also etwa auf dem Gebiet der Seelsorge. Man wähnte sich – ganz selbstverständlich – auf der Seite der Opfer.[Anm. 2]

Zahlreiche Forschungen haben mittlerweile ein anderes Bild ergeben.[Anm. 3] In Klöstern und auf Friedhöfen, in Krankenhäusern und Lazaretten wurden Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter ebenso beschäftigt wie in Pfarrerhaushalten[Anm. 4], Kinderheimen oder in Behinderteneinrichtungen. Als besonders bemerkenswert ragt der Fall des Friedhofslagers[Anm. 5] in Berlin heraus. 42

Kirchengemeinden, darunter 3 katholische, errichteten 1942 auf dem Friedhof Hermannstraße in Neukölln ein Barackenlager für Zwangsarbeiter. Die in einer sogenannten „Arbeitsgemeinschaft für die ausländischen Arbeiter auf Berliner Friedhöfen“ zusammengeschlossenen Gemeinden bedienten sich – je nach Bedarf – aus dem Arbeitskräfteervoir dieses Friedhofslagers. Die Lebensbedingungen in diesem Lager unterschieden sich offenbar in nichts von jenen in einem Lager der Industrie. Jedenfalls zeigten sich einige ehemalige Zwangsarbeiter des Friedhofslagers, zu denen mittlerweile Kontakt besteht, sehr davon überrascht, dass es sich bei ihrem ehemaligen Arbeitgeber um einen kirchlichen gehandelt hatte.

Die Gesamtzahl der ausländischen Arbeitskräfte, die die Kirchen einsetzten, lässt sich aufgrund der gestörten Quellenlage nur schätzen. Für beide Kirchen und ihre jeweiligen Wohlfahrtsorganisationen – Innere Mission und Caritas – geht die Forschung von etwa 10.000 bis 15.000 Ausländerinnen und Ausländern aus, die während des Zweiten Weltkrieges Zwangarbeit leisten mussten.[Anm. 6] Dabei entfällt der zahlenmäßig größte Einsatz von Zwangsarbeitskräften auf Einrichtungen, die wohlfahrtspflegerische Dienste an der "deutschen Volksgemeinschaft" leisteten, also Krankenhäuser,

Alten- und Siechenheime, Lazarette, Kinderheime, Erziehungseinrichtungen usw. unterhielten.

Am Beispiel einer der größten Einrichtungen auf dem Gebiet der Evangelischen Landeskirche des Rheinlandes, den Kreuznacher Diakonie-Anstalten, soll das Wechselspiel zwischen kriegswirtschaftlichen Anforderungen und diakonischen Lösungsstrategien dargestellt, analysiert und bewertet werden.[Anm. 7]

Die Kreuznacher Diakonie-Anstalten während des Zweiten Weltkrieges

Das II. Rheinische Diakonissenmutterhaus wurde im Oktober 1889 in Söbernheim/Nahe von Pfarrer Hugo Reich gegründet.[Anm. 8] Bereits fünf Jahre später schloss die Diakonie einen Vertrag mit der Stadt Kreuznach, der die Übersiedlung des Mutterhauses nach Kreuznach regelte. 1899 wurden die Häuser 'Bethesda' und 'Bethanien' bezogen, die für behinderte Menschen vorgesehen waren. In dasselbe Jahr fällt die Eröffnung des Siechenhauses. 1900 wurde schließlich das neue Mutterhaus mit Krankenhäusern in Kreuznach eröffnet, 1903 zog die Verwaltung endgültig von Söbernheim nach Kreuznach um. 1932 löste Pfarrer Johannes Hanke[Anm. 9] Hugo Reich als Vorsteher ab. 1932 wurde Schwester Elisabeth Jaeger neue Vorsteherin. Aufgaben und Herausforderungen an Leitung, Ärzteschaft, Diakonissen und Personal waren umfangreich, kompliziert und vielfältig. So galt es, neben der Verwaltung der Anstalten die tägliche Versorgung und Betreuung von 1.158 Pfleglingen, Patientinnen, Patienten und Alten im Jahre 1939[Anm. 10] – die Zahl stieg bis 1943 auf über 2.800 Menschen (Beschäftigte und Bewohner)[Anm. 11] – sicherzustellen. Die Diakonie-Anstalten versuchten, weitgehend autark zu sein, und unterhielten eigene Werkstätten und Versorgungseinrichtungen.

Während des Zweiten Weltkrieges bildete die Verwendung ausländischer Arbeitskräfte eine der maßgeblichen Säulen der Wirtschaft des Deutschen Reiches. Für den Alltag der deutschen Bevölkerung war der Einsatz von Zwangsarbeitern eine Bedingung dafür, dass trotz kriegsbedingt erschwerter Lebensumstände eine gewisse wirtschaftliche und soziale Normalität aufrechterhalten werden konnte. Zwangsarbeit war sichtbare "Normalität" und zugleich deren Voraussetzung.

In dieser "Normalität" bewegte sich auch die Diakonie Bad Kreuznach in den Jahren von 1940 bis 1945. Sie nahm in vielfältiger Weise am System und der Praxis der Zwangsarbeit im Nationalsozialismus teil. Dabei begegneten ihr die ausländischen Arbeiterinnen und Arbeiter in verschiedenen Rollen und Situationen:

- als von ihr dringend benötigte und schließlich eingesetzte Arbeitskräfte
- als hilfsbedürftige Patientinnen und Patienten
- als Objekte nationalsozialistischer Bevölkerungspolitik
- und schließlich als zu verpflegendes und zu verteilendes "Gut" der deutschen Arbeitsverwaltung.

Ich möchte nun im Folgenden näher auf diese vier Bereiche eingehen:

Zum Einsatz von ausländischen Arbeitskräften

Wie viele andere Arbeitgeber im Deutschen Reich litt auch die Kreuznacher Diakonie zu Beginn des Krieges und bereits zuvor unter einem ausgeprägten Personalmangel, der sich im Verlauf eines scheinbar nicht enden wollenden Krieges zuspitzte. Einberufungen zur Wehrmacht und Dienstverpflichtungen, aber auch der Verlust von arbeitsfähigen Pfleglingen durch Verlegungen bzw. deren späteren Tötung ("Euthanasie") [Anm. 12] zogen eine empfindliche Verringerung des Personalstandes nach sich.

Betroffen waren zunächst die beiden Arbeiterkolonien der Kreuznacher Diakonie, die Eremitage bei Bretzenheim an der Nahe und der Niederreidenbacher Hof bei Idar-Oberstein. Die umfangreiche Land- und Forstwirtschaft dieser Hofgüter, ihre Gärtnereien und Viehzucht dienten der Selbstversorgung der Diakonie. Dieses traditionelle diakonische Prinzip der Autarkie konnte ab 1940 nur noch mit dem Einsatz von französischen Kriegsgefangenen realisiert werden. Die bislang dort tätigen "Brüder der Landstraße" waren zu Wehr- und Arbeitsdienst verpflichtet worden. Mit der Errichtung eines Reservelazarets im Oktober 1939 wuchsen die personellen Bedürfnisse der Diakonie, insbesondere im Bereich der hauswirtschaftlichen Versorgung. Insgesamt konnte die Beschäftigung von 13 Ausländerinnen aus der UdSSR, den Niederlanden und Frankreich in der Hauswirtschaft nachgewiesen werden.

Am 9. Juni 1942 begannen acht "Ostarbeiterinnen" ihren Dienst in den Lazaretten der Diakonie. Die jungen Frauen wurden von der Diakonie gerne eingesetzt, wie der Anstaltsleiter Pfarrer Hanke mitteilte: "Es sind kräftige und arbeitswillige Mädchen, an denen wir wahrscheinlich mehr Freude haben werden als an unseren Hausgehilfinnen, welche mehr und mehr in die Rüstungsindustrie eingezogen werden." [Anm. 13]

Dass die ausländischen Frauen um einiges leichter als die deutschen Hausangestellten zu disziplinieren waren, kam der Leitung der Diakonie sicherlich auch entgegen. So hatte es immer wieder Auseinandersetzungen um Beziehungen zwischen deutschen Soldaten und deutschen Hausgehilfinnen gegeben, die den Arbeitsablauf beeinträchtigten. Die Errichtung einer "Ostarbeiterkrankenbaracke" [Anm. 14] – von der noch zu sprechen sein wird – auf dem Gelände der Kreuznacher Diakonie zog den Einsatz von jungen Frauen aus der UdSSR nach sich, die sich um die erkrankten Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen aus den Kreuznacher Betrieben zu kümmern hatten. [Anm. 15]

Insgesamt konnte die Beschäftigung von 81 ausländischen Arbeitskräften nachgewiesen werden. Deren Zahl teilt sich in 16 Kriegsgefangene und 65 Zivilarbeiterinnen und Zivilarbeiter, also Personen, die keinen militärischen Verbänden angehörten.

Überwiegend verrichteten sie keine qualifizierten, sondern Gehilfentätigkeiten: Wasch-, Putz-, Schäl- und Aufräumarbeiten sowie körperlich schwere und schmutzige Verrichtungen: etwa der Holzeinschlag für den Winter, Meliorationsarbeiten sowie Feld- und Erntearbeiten auf den Außenanstalten. Nach den schweren Bombenangriffen Ende 1944/Anfang 1945 auf Bad Kreuznach, die auch die Diakonie erheblich trafen, kamen Entrümmerungsarbeiten hinzu.

Zunächst beholf sich die Kreuznacher Diakonie ausschließlich mit den bereits erwähnten französischen

Kriegsgefangenen, die ihr von Juni 1940 bis Mai 1942 zur Verfügung standen. Nach deren Abzug wies die Arbeitsverwaltung den Diakonie-Anstalten Arbeiter und Arbeiterinnen aus Frankreich, Polen, der UdSSR, den Niederlanden und Luxemburg zu.

Es wurde von Seiten der Diakonie weder auf die Beschäftigung von 13- bzw. 14-jährigen Kindern noch auf den Einsatz von greisen sowjetischen Frauen verzichtet. So kamen zwei 69- und 71jährige Schwestern aus Russland zum Einsatz in den Anstaltsgärtnerien. Überwiegend fand jedoch die "klassische Zwangsarbeiterin" Verwendung: die arbeitsame, ledige und junge Frau (Jahrgang 1920 und jünger) aus der Ukraine. Die Einsatzdauer lag zwischen wenigen Tagen und bis zu 27 Monaten.

Durchschnittlich (von Juni 1942 bis April 1945) wurden elf ausländische Arbeitskräfte beschäftigt, wobei deren niedrigste Zahl bei fünf, deren höchste Zahl bei einmalig 20 Personen lag.

Die Versorgung von erkrankten Zwangsarbeiterinnen und -arbeitern

Im Juli 1942 registrierte die Kreuznacher Arbeitsverwaltung 2.671 Fremdarbeiter, darunter 1.475 sogenannte "Ostarbeiterinnen" und "Ostarbeiter", die in ihrem Bezirk eingesetzt waren.[Anm. 16] Viele dieser Menschen kamen bereits krank ins Deutsche Reich bzw. erkrankten während des "Reichseinsatzes".[Anm. 17] Die Kapazitäten des Kreuznacher Kreiskrankenhauses (heutiges St. Marienwörth), das bis zum Frühjahr 1942 alleine für die medizinische Versorgung der Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen zuständig war, reichten nicht mehr aus. Insbesondere wurde bemängelt, dass die räumliche Trennung der ausländischen Kranken von den „notleidenden deutschen Volksgenossen“ nicht in ausreichender Form gewährleistet war.[Anm. 18]

Die zunächst für das Kreiskrankenhaus in Erwägung gezogenen Pläne für den Bau einer Krankenbaracke wurden zugunsten der Diakonie fallengelassen. Der Landrat des Kreises Kreuznach, Konrad Noell, befand das Gelände des Kreiskrankenhauses als "nicht geeignet, da es viel zu eng und auch zu unübersichtlich"[Anm. 19] sei.

Das Diakoniegelände lag damals am Rande der Stadt, war übersichtlich und mit geringem personellem Aufwand zu bewachen. Die Leitung der Kreuznacher Diakonie erklärte sich aber erst nach langen Auseinandersetzungen mit dem Gesundheits- und Arbeitsamt mit der Aufstellung der Baracke einverstanden. Man einigte sich schließlich darauf, dass die medizinische Behandlung von einem Arzt des Gesundheitsamtes, die pflegerische Betreuung der ausländischen Patientinnen und Patienten sowie die wirtschaftliche Versorgung der Baracke von der Diakonie erbracht werden sollten.

Zu der Krankenbaracke können detaillierte Angaben gemacht werden.[Anm. 20] Sie besaß eine Grundfläche von 162 qm und verfügte über fünf Krankenzimmer, in denen 28 Betten Platz fanden. Hinzu kamen zwei Toiletten, Waschgelegenheiten, eine Küche und zwei Räume, die als „Wache“ bezeichnet wurden. Die Ausstattung der Baracke war einfach und dürftig: Bettstellen, Matratzen, Eimer, Schemel und Öfen. Bettwäsche und Handtücher stellten die zuständigen Behörden trotz anders lautender Zusagen nicht in ausreichender Menge zur Verfügung. So berichtete der Chefarzt der Diakonie im Juni 1943: "Oben sind 30 Betten, für 16 Betten ist Wäsche vorhanden. S. [der Lagerleiter, U.W.] benutzt

gelegentlich die Wäsche doppelt. Er legt die Neugekommenen gelegentlich in das nichtbezogene alte Bett hinein.“[Anm. 21]

Diese Praxis und die Tatsache, dass in der Holzbaracke nicht ausreichend geheizt wurde, wie der Ärztliche Dienst des Gauarbeitsamtes im Januar 1944[Anm. 22] rügte, vergrößerte die Ansteckungsgefahren für Patienten und Pflegepersonal. Dies insbesondere, als sich die Fleckfieber- und Typhusfälle in Kreuznacher Firmen häuften.

Die genaue Zahl der in der "Ostarbeiterkrankenbaracke" versorgten Ausländer und Ausländerinnen ließ sich nur für den Zeitraum von April 1943 bis Oktober 1943 ermitteln. So wurden 54 Männer und 78 Frauen, z.T. für mehrere Wochen, stationär aufgenommen und versorgt.[Anm. 23] Zu deren Erkrankungen und eventuell erfolgte operative Eingriffe fanden sich keine Hinweise.

Insgesamt lässt sich wenig zur persönlichen Situation der Ausländerinnen und Ausländer in der Krankenbaracke sagen. Ihre Lage als weitgehend rechtlose, diskriminierte und zudem auch noch erkrankte Menschen in einem dürftigen Behandlungsumfeld und fern der Heimat dürfte zwar individuell verschieden, jedoch wohl zumeist als sehr belastend und auch Angst erzeugend erlebt worden sein. Zwar erlaubte ihnen ihre Arbeitsunfähigkeit ein legales Fernbleiben vom Arbeitsplatz, gleichzeitig fanden sie sich aber in einer Situation wieder, in der sie hilfsbedürftiges Objekt waren, dessen Gesundheit und auch Existenz in hohem Maße von den zuständigen Ärzten und dem Pflegepersonal abhing.

Die ärztliche Betreuung sollte – wie bereits erwähnt – von einem Arzt des Gesundheitsamtes übernommen werden. Dieser blieb allerdings, obwohl er nur wenige Schritte bis zur Baracke hatte, dieser tagelang fern.[Anm. 24] Die Ärzte der Diakonie übernahmen also den medizinischen Dienst an den Ausländern, der wohl ausreichend gewesen war. Die pflegerischen Leistungen der ausländischen Betreuerinnen indes ließen zu wünschen übrig, wie diese Schilderung des Diakonie-Chefarztes im Dezember 1943 verdeutlicht:

"In den letzten Tagen habe ich gelegentlich einen Typhuskranken in der Ostarbeiterbaracke untersucht. Als am 4.12. die Diagnose gesichert war und ich ihn nochmals ansah, fand ich ihn morgens gegen 10 Uhr in einem unbeschreiblichen Zustand, verdreckt, das ganze Hemd voll Urin, er lag auf einer Gummiunterlage ohne Bettlaken, die beiden Woldecken beschmutzt mit Urin usw.“[Anm. 25]

Diese Begebenheit veranschaulicht sehr deutlich das Verhältnis von Patienten bzw. Patientinnen und Pflegepersonal. Eine vergleichbare persönliche Situation garantierte nicht automatisch Empathie, Hilfsbereitschaft oder gar einen solidarischen Umgang miteinander bzw. untereinander.

Trotz der genannten Schwierigkeiten: Die Versorgung der ungewollten Patienten und Patientinnen war offenbar ausreichend. Für die Jahre 1944 und 1945 konnten lediglich vier Todesfälle ermittelt werden, für 1943 liegen keine Angaben vor.[Anm. 26]

Als Objekte nationalsozialistischer Bevölkerungspolitik

Unter den Patientinnen in der "Ostarbeiterkrankenbaracke" waren auch schwangere Frauen, die entweder zur Entbindung[Anm. 27] oder aber für eine Abtreibung in die Krankenbaracke kamen. Ein Erlass des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz vom Dezember 1942 bestimmte, dass ausländische Arbeiterinnen bei einer Schwangerschaft nicht mehr – wie zuvor – in ihre Heimat zurückkehren durften.[Anm. 28] Oberste Priorität besaß die Erhaltung der Arbeitskraft der Schwangeren, der es nur bei einem erwarteten angeblich "gutrassigen" Kind gestattet wurde, dieses auch auszutragen. Wurde ein als "minderrassig" bezeichnetes Kind – und das waren in der Regel alle Kinder von Polinnen und "Ostarbeiterinnen" – erwartet, setzte man eine Abtreibung auch gegen den Willen der Frau durch.

Der damalige Gynäkologe der Anstalt führte insgesamt 21 Abtreibungen im Auftrag der Gauärztekammer in Koblenz bzw. des Gesundheitsamtes und des Arbeitsamtes durch: "Die Unterbrechung der Schwangerschaft wurde jeweils in den Operationsräumen der Diakonie-Anstalten (...) vorgenommen und die Frischoperierten meist für einen Tag in den Räumen der Diakonie-Anstalten untergebracht, bis sie in die für die Ostarbeiter erstellte Baracke überführt werden konnten." [Anm. 29] Diese Abtreibungen geschahen zunächst ohne das Wissen der Anstalsleitung und des Chefarztes. Erst als sich die bei diesen Eingriffen assistierenden Diakonissen bei ihrer Oberin beschwerten, weil sie dieses Tun mit ihrem christlichen Selbstverständnis nicht vereinbaren konnten, erlangte auch die Direktion der Diakonie Kenntnis von diesen Vorgängen. Pfarrer Hanke und Dr. Behrens wurden daraufhin bei den zuständigen Stellen vorstellig und versuchten, einen Abtreibungsstopp zu erreichen. In der Folge sollte sich eine Auseinandersetzung zwischen dem Landrat, dem Kreuznacher Gesundheitsamt und der Diakonie als einer Beteiligtenpartei und der Regierung in Koblenz, der NSDAP-Gauleitung und der Gauärztekammer als der anderen Partei entwickeln, die einmal mehr belegt, wie wichtig es ist, den Blick auf die Beziehungsgeflechte von Institutionen und Menschen vor Ort zu werfen. Dabei wird man feststellen, dass die Umsetzung von Erlassen aus Berlin, Köln oder auch Koblenz zumeist nicht buchstabengetreu und reibungslos verlief, sondern dass es sehr wohl Handlungsspielräume einzelner Personen und Stellen, in vorliegendem Falle des Gesundheitsamtes, gab und diese auch ausgeschöpft werden konnten. Über Jahre hinweg gepflegte – auch private – Kontakte sowie die Notwendigkeit, vor Ort zusammen arbeiten zu müssen und zu wollen, brachten im vorliegenden Fall eine Lösung des Problems im Sinne der Kreuznacher Diakonie. So verfügte der Leiter des Kreuznacher Gesundheitsamtes eigenverantwortlich ein Ende der Abtreibungen. Eine Entscheidung, die er allerdings wenige Tage später auf Weisung des Regierungspräsidenten widerrufen musste. Der Ausbruch von Typhus und Fleckfieber in Kreuznacher Betrieben beendete schließlich endgültig die Abtreibungspraxis. Die letzten Schwangerschaftsunterbrechungen fanden im November 1943 statt. Ab diesem Zeitpunkt diente die Ausländerkrankenbaracke als Seuchenbaracke und die Abtreibungen fanden – wie zuvor vom Landrat angeregt – an wenigen zentralen Stellen im damaligen Gau Moselland statt, etwa in den Rasselsteinwerken in Wissen.[Anm. 30]

Als zu verteilendes Gut der Arbeitsverwaltung

Ein besonderes und sehr wahrscheinlich einmaliges Phänomen im diakonischen Bereich stellt die Zusammenarbeit des Niederreidenbacher Hofes[Anm. 31] und des Arbeitsamtes in Idar-Oberstein dar. Von Mai 1942 bis zum April 1943 diente der landwirtschaftliche Betrieb mit seinen zahlreichen Gebäuden als Durchgangslager für neu ins Deutsche Reich verbrachte ausländische Arbeitskräfte. Von Mai 1942 bis zum April 1943 wurden tageweise große Transporte aus Russland, Polen und der Ukraine, zum Teil komplette Familien, gegen ein entsprechendes Entgelt untergebracht und verpflegt und dann an die umliegenden Landwirte verteilt. Anhand von Abrechnungsbelegen konnten insgesamt 304 versorgte Personen gezählt werden, von einer höheren Zahl ist auszugehen. Auch Arbeitskräfte für den eigenen Bedarf rekrutierte der Leiter der Diakonie-Nebenanstalt, Pfarrer Rentrop, aus diesen Transporten: zum Beispiel den damals 16jährigen Russen Alexander K.[Anm. 32]

Nun war es durchaus üblich, dass diakonische oder kirchliche Einrichtungen zweckentfremdet oder schlimmstenfalls sogar enteignet wurden, um als Lager für Zwangsarbeiter oder Kriegsgefangene, z.T. auch als Ghetto,[Anm. 33] zu dienen.

Das besondere Moment im Falle des Niederreidenbacher Hofes ist allerdings, dass es keinerlei Hinweise für einen Zwang gibt. Es ist eher davon auszugehen, dass die Hofverwaltung ihre bisherige gute Zusammenarbeit mit dem Arbeitsamt und dem zuständigen Bürgermeister fortsetzte, nur dass diesmal nicht die "Brüder der Landstraße" oder Strafentlassene in Arbeit vermittelt wurden, sondern verschleppte Ausländerinnen und Ausländer. Wahrscheinlich liegt in dieser Handlungskontinuität – andere Inhalte, aber gleiche Form – auch einer der Gründe, wieso der bezeichnete Umgang mit den verschleppten Menschen bei den Verantwortlichen der Diakonie einen als "normal" empfundenen Verwaltungsvorgang hervorrief.

Resümee

Natürlich stellte sich in den Monaten der Bearbeitung des Themas stets auch die Frage, und sie stellt sich im Grunde immer noch, wie es den Zwangsarbeitern und Zwangsarbeiterinnen in der Kreuznacher Diakonie ergangen ist.[Anm. 34] Soweit bisher ersichtlich, blieben die von der Diakonie eingesetzten ausländischen Arbeitskräfte von brutaler Behandlung (etwa Züchtigung, Essensentzug, Stehbunker usw.) verschont. Diese Anfangsvermutung bestätigte sich auch nach einem Gespräch mit der Witwe von Alexander K. in Kiew im Juli 2002. So berichtete sie, dass ihr Mann wohl mehrfach vom Anstaltsleiter gerügt worden sei, etwa wenn er seinen Ausgang überzog. Schläge oder sonstige Strafen hätte er allerdings nicht erfahren. Allerdings sei er einmal von einem Nachbarn mit der Peitsche geschlagen worden, als er am Ufer der Nahe angelte.

Der Status der Fremdarbeiter als weitgehend rechtlose, materiell und sozial diskriminierte Menschen (man denke hier nur an die „Einsatzbedingungen für Ostarbeiter“[Anm. 35] oder an die Restriktionen für Westarbeiterinnen und Westarbeiter) war jedoch für ihre alltägliche Lebens- und Arbeitssituation konstitutiv und wurde von den damals Verantwortlichen der Kreuznacher Diakonie durch die Umsetzung der rassistisch motivierten Vorschriften stets aufs Neue bestätigt.

Unter den Bedingungen eines Krieges von zuvor nicht gekanntem Ausmaß, dem nach und nach alle wirtschaftlichen, politischen und sozialen Belange untergeordnet wurden, befand sich die Diakonie in einer Verantwortungs- und Handlungssituation, die christlich-diakonische Verpflichtung und schuldhaftes Handeln auf tragische Weise ineinander verschränkte.

Ohne die Verwendung ausländischer Arbeitskräfte hätte die Kreuznacher Diakonie die Versorgung, die Pflege und die Unterstützung der ihr anvertrauten Hilfsbedürftigen, darunter tausende verwundete deutsche Soldaten, nicht in dem schließlich erfolgten Umfang leisten können. Trotz dieses aus der Sicht der Diakonie nachvollziehbaren Pragmatismus ist die Frage nach der Qualität des Handelns der diakonischen Einrichtung zu stellen. Waren schon während des Zweiten Weltkrieges hinsichtlich der Anforderung sowie der Verwendung von Zwangsarbeitern keine Skrupel oder etwaige – man mag es ja zunächst für eine diakonische Einrichtung vermuten – christlich-ethische Bedenken zu konstatieren, so war auch der Blick "zurück" eher ein verklärter und verklärender.

So schrieb der damalige Anstalsleiter Johannes Hanke 1949 in der Schrift zum 50-jährigen Jubiläum der Diakonie: "In der Bibel steht zu lesen, dass sich den Kindern Israel bei ihrem Auszug zur Wüstenwanderung unter der Wolke auch viel fremdes Volk angeschlossen habe. Sie mögen eine Weile mitgewandert sein, diese Fremdlinge. (...) Uns ist es in den hinter uns liegenden Wanderjahren nicht anders ergangen. Mancher hat sich an uns gehängt, mancher ist für eine Weile bei uns untergekrochen (...). Wir, die Gott zu seinem Volk und zu Schafen seiner Weide gemacht hat, wir haben uns in herzlichem Erbarmen der Fremdlinge anzunehmen und haben es auch getan. (...) Ukrainer, Polen, Rumänen, zum Hilfsdienst im Kriege aus der Heimat verschleppt, sind unsere Gäste und Helfer in der Arbeit gewesen." [Anm. 36]

Anmerkungen:

1. Einen konzentrierten Überblick bietet hierzu: Matthias Arning: Späte Abrechnung. Über Zwangsarbeiter, Schlussstriche und Berliner Verständigungen, Frankfurt am Main 2001.
2. Das Engagement der Evangelischen Kirche für die Entschädigung ehemaliger Zwangsarbeitskräfte, das sich u.a. in regelmäßigen Appellen an die deutsche Wirtschaft niederschlug, endlich die Verantwortung für ihr Tun während des Zweiten Weltkrieges zu übernehmen, öffnete allerdings nicht deren Blick auf die eigene Beschäftigung von Ausländern und Ausländerinnen.
3. Dazu konfessionsübergreifend: Klaus Barwig/Dieter R. Bauer/Karl-Joseph Hummel (Hrsg.): Zwangsarbeit in der Kirche. Entschädigung, Versöhnung und historische Aufarbeitung, Stuttgart 2001. Für den katholischen Bereich: Ulrich Helbach/Joachim Oepen: Einsatz von Zwangsarbeitern in kirchlichen Einrichtungen im Bereich des Erzbistums Köln. Ein Werkstattbericht vom 01.09.2000; Annette Schäfer: Zwangsarbeiter in der Diözese Rottenburg 1939-1945, hrsg. von der Kommission zur Klärung der Fragen nach der Beschäftigung von Fremd- bzw. Zwangsarbeitern in kirchlichen Einrichtungen in der Diözese Rottenburg-Stuttgart, Stuttgart 2002; Bischofliches Ordinariat Limburg (Hrsg.): Zwangsarbeit in der Kirche. Katalog zur Ausstellung, Limburg/Lahn 2002. Und für den protestantischen Bereich: Matthias Honold: „Fremdarbeiter“ in der Diakonissenanstalt Neuendettelsau 1939-1945. Ein Überblick, Manuskrift vom Januar 2001; Matthias Benad/Regina Mentner (Hrsg.): Zwangsverpflichtet. Kriegsgefangene und zivile Zwangsarbeiter(-innen) in Bethel und Lobetal 1939-1945, Bielefeld 2002; Uwe Kaminsky: Dienen unter Zwang. Studien zu ausländischen Arbeitskräften in Evangelischer Kirche und Diakonie im Rheinland während des Zweiten Weltkrieges. Mit einem Beitrag von Ulrike Winkler (Schriftenreihe des Vereins für Rheinische Kirchengeschichte 155), 2. Auflage, Bonn 2002. Die Pilotstudie von Harald Jenner: „Verletzte Menschenwürde, NS-Zwangsarbeiter in der Diakonie: Hintergründe – Teilergebnisse – Forschungsperspektiven, in: Diakonie-Korrespondenz 7/2000 und epd-Dokumentation 36/2002, ging der Einsetzung eines Forschungsprojektes der EKD und ihres Diakonischen Werkes unter der Leitung von Prof. Dr. Jochen-Christoph Kaiser, Philipps-Universität Marburg, voraus. Siehe für detaillierte Informationen: www.projekt-zwangsarbeite.de. Die Kommission für Zeitgeschichte, Bonn, versucht, Umfang, Form und Inhalt des Zwangsarbeiterereinsatzes im Bereich der katholischen Kirche zu klären.
4. Der Einsatz von sog. "Hauswirtschaftlichen Ostarbeiterinnen" in Pfarrerhaushalten war zahlenmäßig indes sehr gering, siehe hierzu: Uwe Kaminsky: "Wenn nix viel wollen, dann müssen". Ausländereinsatz in evangelischen Einrichtungen in

- Düsseldorf während des Zweiten Weltkriegs. In: Clemens von Looz-Corswarem (Hrsg.): *Zwangsarbeit in Düsseldorf. „Ausländereinsatz“ während des Zweiten Weltkrieges in einer rheinischen Großstadt* (Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens 62), Essen 2002, S. 505-526, hier: S. 521-523. Zu den „hauswirtschaftlichen Ostarbeiterinnen“ allgemein: Ulrike Winkler: „*Hauswirtschaftliche Ostarbeiterinnen – Zwangsarbeit in deutschen Haushalten*. In: dies. (Hrsg.): *Stiften gehen. NS-Zwangsarbeit und Entschädigungsdebatte*, Köln 2000, S. 148-168.
5. Siehe Lorenz Wilkens: Auf gute Zusammenarbeit – Berliner Gemeinden organisieren Zwangsarbeiterlager. In: Evangelische Kirche in Berlin-Brandenburg (Hrsg.): *Archivbericht 12/13*, o.J., S. 5f., sowie Marlis Kaltenbacher: „... die Umstellung auf die billigeren Ostarbeiter ist im Gange“. In: ebd., S. 7-12, sowie: Evangelische Kirche in Berlin-Brandenburg: *Zwangsarbeit in Kirche und Diakonie. Spezialinventar zu den Quellen in Archiven Berliner Kirchengemeinden 1939-1945*, Archivbericht/Beiheft Nr. 63, Berlin 2003. Seit September 2002 erinnert ein Gedenkstein an das Schicksal der Zwangsarbeiter des Friedhofslagers. Siehe dazu: Erich Schuppan (Hrsg.): *Sklave in euren Händen. Zwangsarbeit in Kirche und Diakonie Berlin-Brandenburg*, Berlin 2003.
 6. Lediglich für die Evangelische Kirche im Rheinland gibt es eine solide Schätzung. Uwe Kaminsky geht von etwa 1.200 eingesetzten Ausländern und Ausländerinnen von 1939-1945 aus. Siehe Kaminsky, *Dienen unter Zwang* (wie Anm. 3), S. 256f.
 7. Hierzu ausführlich: Ulrike Winkler: *Lebenswirklichkeiten – Menschen unter Menschen. Der Einsatz von Zwangsarbeitskräften in den Einrichtungen der kreuznacher diakonie von 1940-1945*, Bad Kreuznach 2002. Die Dokumentation ist auch abzurufen unter: www.kreuznacherdiakonie.de.
 8. Die folgenden Angaben sind entnommen aus: Diakonie-Anstalten Bad Kreuznach (Hrsg.): *50 Jahre Diakonie-Anstalten Bad Kreuznach. Eine Jubiläumsschrift*, Bad Kreuznach 1939, S. IXff.
 9. Siehe ausführlich zu Hanke: Martin Hamburger: *Von Bethel bis Kreuznach. Der Weg des rheinischen Pfarrers Johannes Hanke (1887-1958) in Kirche und Innerer Mission vom späten Kaiserreich bis zur frühen Bundesrepublik* (Schriftenreihe des Vereins für Rheinische Kirchengeschichte 157), Bonn 2002.
 10. Ergebnis der Volkszählung vom 17. Mai 1939, siehe: *50 Jahre Diakonie-Anstalten*, S. XV.
 11. Jahresbericht 1943/1944. Archiv der kreuznacher diakonie (AKD): Akte 153a.
 12. Am 7. Mai 1943 wurden 100 Bewohnerinnen der Kreuznacher Diakonie nach Wien sowie 42 Bewohner und Bewohnerinnen nach Wartha/Schieratz verlegt. Schließlich fand am 17. Mai 1944 eine weitere Verlegung von 98 Bewohnerinnen nach Meseritz/Obrawalde statt. Die meisten der Pfleglinge starben an Krankheiten und Entkräftigung, hervorgerufen durch unzureichende Ernährungsbedingungen und pflegerische Vernachlässigung. Siehe ausführlich: Uwe Kaminsky: *Zwangssterilisation und „Euthanasie“ im Rheinland* (Schriftenreihe des Vereins für Rheinische Kirchengeschichte 116), Köln 1995, S. 478-482 und S. 490-494. Wie sehr diese Vergangenheit in die Gegenwart hinein reicht, wurde vor wenigen Jahren deutlich, als Gehirn- und Rückenmarkspräparate von Kreuznacher Pfleglingen in der Kinderfachabteilung der Wiener Heil- und Pflegeanstalt „Am Steinhof“ gefunden wurden. Ihre sterblichen Überreste wurden im Frühjahr 2002 beigesetzt.
 13. Schreiben von Pfarrer Hanke an den Generalsuperintendenten der Rheinprovinz Stoltenhoff vom 13. Juni 1942. AKD: Akte 21c.
 14. Eine ausführliche Darstellung zur Kreuznacher "Ostarbeiterkrankenbaracke" findet sich in: Ulrike Winkler: *Die "Ostarbeiterkrankenbaracke" bei den Diakonie-Anstalten Bad Kreuznach 1943-1948*. In: Kaminsky, *Dienen unter Zwang* (wie Anm. 3), S. 164-186.
 15. Nach wie vor fehlt eine qualifizierte Studie zum Einsatz von Zwangsarbeiterinnen, Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen in den Betrieben Bad Kreuznachs. Die Quellenlage beschränkt sich auf einige Bestände des Landeshauptarchivs Koblenz (LHAK), die Unterlagen der AOK Bad Kreuznach sowie auf die Erinnerungen von Zeitzeugen. Bemühungen um Einsichtnahme in Firmenarchive blieben bislang erfolglos. Erste Forschungsergebnisse wurden von mir in verschiedenen Vorträgen vorgestellt, die allerdings ein geteiltes Echo hervorriefen. Siehe hierzu insbesondere die Leserbriefe "Nur Fata Morgana" und "Nichts bemerkt" in: *Allgemeine Zeitung* vom 29. November 2000.
 16. Der Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz: *Der Arbeitseinsatz im Großdeutschen Reich*, Nr. 17 vom 5. September 1942.
 17. Einen ausgezeichneten Überblick über "Krankheit und Zwangsarbeit" am Beispiel einer Region geben: Uwe Danker/Annette Grewe/Nils Köhler/Sebastian Lehmann (Hrsg.): *Wir empfehlen Rückverschickung, da sich der Arbeitseinsatz nicht lohnt. Zwangsarbeit und Krankheit in Schleswig Holstein 1939-1945*, Bielefeld 2001.
 18. Erlass IV e 8880/40/3916 des Reichinnenministeriums vom 27. Januar 1941. Eine Abschrift findet sich z.B. in LHAK: 512.14 Nr. 876.
 19. Schreiben des Landrates an den Regierungspräsidenten Dr. Gerhard Mischke in Koblenz vom 30. Mai 1942. LHAK: 512.14 Nr. 876.
 20. Der Grundriss der Krankenbaracke ist einzusehen in: LHAK: 512.14 Nr. 941.
 21. Schreiben von Dr. Behrens an die Direktion der Diakonie-Anstalten vom 10. Juni 1943 (Abschrift). Nachlass Dr. Alfred Behrens (privat): Akte Ostarbeiterbaracke.
 22. Schreiben des Ärztlichen Dienstes des Gauarbeitsamtes Moselland an den Präsidenten des Gauarbeitsamtes Moselland vom 10. Januar 1944. LHAK: 512.14 Nr. 876.
 23. Siehe für diese Angaben die wahrscheinlich von Dr. Alfred Behrens selbst geführte Belegungsliste in: Nachlass Dr. Alfred Behrens (privat): Akte Ostarbeiterbaracke.
 24. Das Kreuznacher Gesundheitsamt hatte Räumlichkeiten im "Paulinum" der Kreuznacher Diakonie angemietet.
 25. Schreiben von Dr. Alfred Behrens an Pfarrer Hanke (mit der Bitte um Bekanntgabe an das Arbeitsamt) vom 30. April 1943. Nachlass Dr. Alfred Behrens (privat): Akte Ostarbeiterbaracke.
 26. Standesamt der Stadt Bad Kreuznach: Sterbebücher 1944,1 Nr. 11; 1945,1 Nr. 259, Nr. 338, Nr. 339.

27. Die Geburtenbücher des Standesamtes weisen vom Juni 1943 bis Dezember 1944 insgesamt 23 von der Diakonie gemeldete Geburten von "Ausländerkindern" aus. Es befanden sich auch zwei Zwillinge geburten darunter.
28. Die im Sauckel-Erlass vereinzelt vorgesehenen Ausnahmen für "Nichtostarbeiterinnen" wurden von einem Himmler-Erlass vom 27. Juni 1943 über die „Behandlung schwangerer ausländischer Arbeiterinnen und der im Reich von ausländischen Arbeiterinnen geborenen Kinder“ aufgehoben. Siehe hierzu: Gisela Bock: Zwangssterilisation im Nationalsozialismus, Opladen 1986, S. 447; Ulrich Herbert: Fremdarbeiter. Politik und Praxis des ‚Ausländereinsatzes‘ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches, Neuauflage, Bonn 1999, S. 287-291; Gunther Link: Eugenische Zwangssterilisationen und Schwangerschaftsabbrüche im Nationalsozialismus, Frankfurt am Main 1999, S. 452.
29. Schreiben des Gesundheitsamtes an den Regierungspräsidenten in Koblenz vom 14. Oktober 1943. LHAK 512.14 Nr. 876.
30. Schreiben des Regierungspräsidenten in Koblenz an den Landrat des Kreises Kreuznach vom 6. März 1944. LHAK 512.14 Nr. 941.
31. Das Hofgut war 1904 von der Diakonie erworben worden und diente zum einen der Unterbringung von "tief stehenden Mädchen", alten und siechen Männern sowie "schwachsinnigen Burschen". Das größte Bettenkontingent wurde für Wanderarbeiter und Obdachlose bereitgehalten, die als sog. "Kolonisten" die umfangreiche Land-, Garten- und Forstwirtschaft versorgten.
32. Alexander K. verstarb im Juli 2001 in Mariupol/Ukraine.
33. Als einmaliges Beispiel ist der Martinshof bei Rothenburg/Oberlausitz zu nennen, der ab Juli 1941 deportierte Juden und Jüdinnen eines Breslauer Altersheimes aufnahm. Hinzu kamen weitere verschleppte deutsche Juden. Im Herbst 1942 wurde das Ghetto aufgelöst, die Insassen nach Auschwitz und Theresienstadt gebracht, wo sie schließlich ermordet wurden bzw. an Entkräftung und Krankheiten starben. Siehe hierzu den Erinnerungsbericht des Vorstehers des Martinshofes, Carl Zitzmann, o.D., Archiv des Martinshofes: Ordner B3.
34. Mittlerweile gibt es Schilderungen vom Arbeits- und Lebensalltag ehemaliger Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen, die in diakonischen Einrichtungen der Evangelischen Kirche im Rheinland eingesetzt waren. Siehe: Jörn-Erik Gutheil/Uwe Kaminsky: "Ich weiß die Namen nicht mehr ..." Deportation – Zwangsarbeit – Rückkehr. Begegnungen mit ehemaligen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern in der Ukraine, Wuppertal 2002.
35. Hans Küppers/Rudolf Bannier: Einsatzbedingungen der Ostarbeiter sowie der sowjetrussischen Kriegsgefangenen, Berlin 1943.
36. Johannes Hanke: Unter der Wolke, Bad Kreuznach 1949, S. 32.